

Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungen	17
Erster Teil: Grundlagen	23
§ 1 Einführung in das Thema	23
I. Untersuchungsgegenstand	25
II. Gang der Darstellung	26
III. Themenbegrenzung	29
§ 2 Rechtliche Grundlagen	30
I. Umwandlungsrecht im Überblick	30
1. Das Prinzip der Universalsukzession	31
a) Vorzüge der Gesamtrechtsnachfolge	31
b) Universalsukzession versus Sukzessionsschutz	33
2. Maßnahmen nach dem UmwG	35
a) Verschmelzung (§§ 2 ff. UmwG)	36
b) Spaltung (§§ 123 ff. UmwG)	36
c) Formwechsel (§§ 190 ff. UmwG)	37
3. Der Gläubigerschutz im UmwG	37
a) Terminologie und Kategorien des Gläubigerschutzes	38
b) Instrumente im UmwG zum Schutz individualisierter Gläubiger	39
aa) Die Sicherheitsleistung (§ 22 UmwG)	39
bb) Die Nachhaftung (§§ 45, 133 UmwG)	41
cc) Die Organhaftung (§§ 25 f., 205 f. UmwG)	41
c) Zusammenfassung	43
II. Insolvenzplanrecht im Überblick	44
1. Das Insolvenzplanverfahren (§§ 217 ff. InsO)	44
a) Planung und Initiativrecht	44
b) Inhaltliche Gestaltungsfreiheit	45
aa) Einschränkung durch zwingendes Gesellschaftsrecht	46
bb) Einschränkung durch § 217 InsO	48
cc) Vereinbarkeit der Generalklausel mit Art. 9 und 14 GG	51
dd) Zwischenergebnis	53
c) Abstimmung und Annahme des Insolvenzplans	53

d)	Gerichtliche Bestätigung und Wirkung	54
e)	Die Stellung der Anteilsinhaber im Insolvenzplanverfahren bei Einbeziehung der Anteilsrechte in den Insolvenzplan	56
f)	Rechtsschutz gegen den Insolvenzplan	58
aa)	Minderheitenschutz (§ 251 InsO)	59
bb)	Sofortige Beschwerde (§ 253 InsO)	59
2.	Abgrenzung zu anderen Verfahrensarten der InsO	61
3.	Vorzüge einer Sanierung mittels Insolvenzplan	63
III.	Zusammenfassung	65
§ 3	Darstellung von unterschiedlichen Fallkonstellationen und Potential von Umwandlungsmaßnahmen im Krisenszenario	67
I.	Der Abwicklungsplan	67
II.	Der Sanierungsplan	68
1.	Verschmelzung (Sanierungsfusion)	69
a)	Motive für die Durchführung einer Sanierungsfusion	69
b)	Fallkonstellationen einer Sanierungsfusion	71
2.	Spaltung	71
a)	Motive für die Durchführung einer Spaltung im Sanierungsszenario	71
b)	Fallkonstellationen einer sanierenden Spaltung	72
aa)	Aufspaltung	72
bb)	Abspaltung und Ausgliederung statt übertragende Sanierung	73
cc)	Reverse Debt-Equity-Swap mithilfe der Ausgliederung	74
aaa)	Erhalt von Verlustvorträgen	76
bbb)	Bildung einer Rücklage in Höhe des Sanierungsgewinns beim Zielrechtsträger	77
c)	Beispiel aus der Praxis: Loewe Opta GmbH	79
3.	Formwechsel	80
a)	Motive für die Durchführung eines Formwechsels in der Krise	80
b)	Beispiele aus der Praxis	83
aa)	SIAG Schaaf Industrie AG	83
bb)	Suhrkamp Verlag GmbH & Co. KG	84
cc)	PROKON Regenerative Energien GmbH	86
III.	Zusammenfassung	88

Zweiter Teil:	Zulässige Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzplan	89
§ 4	Zur generellen Zulässigkeit von Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzplanverfahren	89
I.	Unzulässigkeit von Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzplan vor dem ESUG	89
II.	Zulässigkeit von Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzplan seit dem ESUG	91
1.	Umwandlungsfähigkeit eines Rechtsträgers im Insolvenzplanverfahren	91
2.	Kein Umwandlungshindernis wegen Überschuldung	92
3.	Formwechsel bei Unterbilanz	95
§ 5	Keine Beschränkung der Maßnahmerichtung durch § 3 Abs. 3 UmwG	97
I.	Der aufgelöste Rechtsträger in der Funktion des übertragenden Rechtsträgers (Ausgangsrechtsträger)	97
II.	Der aufgelöste Rechtsträger in der Funktion des übernehmenden Rechtsträgers (Zielrechtsträger)	98
1.	Entscheidung des OLG Brandenburg vom 27. Januar 2015	99
2.	Meinungsstand in der Literatur	100
3.	Stellungnahme	103
a)	Wortlaut	103
b)	Sinn und Zweck	104
c)	Konformität der Auslegung mit dem Europarecht	104
d)	Der umwandlungsrechtliche Typenzwang	106
e)	Die Bedeutung der Maßnahmerichtung im Umwandlungssteuerrecht	107
f)	Schutzlücke im Gläubigerschutz im Abwicklungsszenario	108
g)	Fazit	111
§ 6	Nichtanwendbarkeit von Umwandlungsverboten im Insolvenzplanverfahren	112
I.	Kein Verschmelzungsverbot für Personenhandelsgesellschaften (§ 39 UmwG)	112
II.	Kein Spaltungsverbot in der Nachgründungszeit (§ 141 UmwG)	113
III.	Kein Ausgliederungsverbot in der Insolvenz (§ 152 Satz 2 UmwG)	115

Dritter Teil:	Formelle Anforderungen an die Durchführung und Dokumentation von Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzplanverfahren	119
§ 7	Umwandlungsrechtliche Berichts- und Informationspflichten	119
I.	Umwandlungs- und Prüfungsberichte	119
II.	Informationspflicht gegenüber dem Betriebsrat	121
§ 8	Formale Anforderungen an die Willensbildung und Willensäußerung der Umwandlungsbeteiligten im Insolvenzplanverfahren	124
I.	Die Beschlüsse des aufgelösten Rechtsträgers	124
1.	Beschluss über die Fortsetzung der durch Insolvenzeröffnung aufgelösten Gesellschaft	125
a)	Zulässigkeit der Fortsetzung	125
b)	Der Beginn der Vermögensverteilung als Fortsetzungsausschluss	126
c)	Anforderungen an das Vermögen der aufgelösten Gesellschaft	129
d)	Der Fortsetzungsbeschluss	131
2.	Beschluss über die Umwandlung der Gesellschaft	132
3.	Exkurs: Kein Verstoß der Formerleichterungen gegen Europarecht	134
a)	Verschmelzungs- und Spaltungsrichtlinie (2011/35/EU und 82/891/EWG)	134
b)	Kapitalrichtlinie (2012/30/EU)	135
c)	Publizitätsrichtlinie (2009/101/EG)	136
II.	Der Verschmelzungs- bzw. Spaltungs- und Übernahmevertrag (Umwandlungsvertrag)	136
1.	Das Angebot gerichtet auf Abschluss eines Umwandlungsvertrags (§§ 145 f. BGB)	138
2.	Die Annahme des Angebots gerichtet auf Abschluss eines Umwandlungsvertrags (§§ 147 f. BGB)	139
III.	Weitere Willenserklärungen	141
1.	Zustimmungserklärungen	142
a)	Umwandlungsrechtliche Zustimmungserklärungen	142
aa)	Zustimmung bei vinkulierten Anteilen und Sonderrechten	142
bb)	Zustimmung bei Haftungsverschärfungen	143
b)	Insolvenzspezifische Zustimmungserfordernisse	144
c)	Zwischenergebnis	145
2.	Verzichtserklärungen	146

a)	Verzicht auf Umwandlungsberichte	146
b)	Verzicht auf Klage	146
c)	Verzicht auf Anteilsgewährung und Barabfindung	147
§ 9	Die Anmeldung beim Handelsregister	149
I.	Prüfungscompetenz des Registergerichts	149
1.	Problemstellung	150
2.	Entscheidung des AG Berlin-Charlottenburg vom 9. Februar 2015	150
3.	Meinungsstand in der Literatur	151
4.	Stellungnahme	152
II.	Erforderliche Unterlagen	155
1.	Der Anmeldung stets beizufügende Unterlagen	155
2.	Kapitaldeckungserklärung bei der Abspaltung oder Ausgliederung (sog. Soliditätserklärung)	156
a)	Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelungen	157
b)	Teleologische Reduktion der Vorschriften bei der Ausgliederung zur Neugründung außerhalb des Insolvenzverfahrens	157
c)	Zum Erfordernis der Kapitaldeckungserklärung bei der Ausgliederung zur Neugründung im Insolvenzplanverfahren	158
d)	Zum Erfordernis der Kapitaldeckungserklärung bei der Abspaltung und Ausgliederung zur Aufnahme im Insolvenzplanverfahren	159
e)	Adressat der Erklärungspflicht	161
f)	Form der Kapitaldeckungserklärung	163
III.	Zum Bestandsschutz einer Umwandlungsmaßnahme nach Eintragung in das Handelsregister	163
IV.	Zusammenfassung	165
Vierter Teil:	Vermögensübertragung und Anteilsgewährung außerhalb und innerhalb des Insolvenzplanverfahrens	167
§ 10	Die Gewährung von Anteilen bei der vermögensübertragenden Umwandlung außerhalb des Insolvenzplanverfahrens	167
I.	Der Grundsatz der Mitgliederkontinuität und Wertäquivalenz	167
II.	Ausnahmen vom Grundsatz der Mitgliederkontinuität und Wertäquivalenz	168
1.	Vereinbarung des Umtauschverhältnisses	168

2. Verzicht auf Anteilsgewährung	169
§ 11 Die Gewährung von Anteilen bei der vermögensübertragenden Umwandlung im Insolvenzplanverfahren	171
I. Übertragung von negativem Vermögen	171
1. Einlagefähigkeit von negativem Vermögen und das Problem der Werthaltigkeit	171
2. Lösung durch Verzicht auf Anteilsgewährung	173
3. Schutz der Minderheit der Anteilsinhaber des Zielrechtsträgers	173
II. Übertragung von positivem Vermögen	179
1. Teilweise Befriedigung der Insolvenzgläubiger durch wirtschaftlich äquivalente Gegenleistung des Zielrechtsträgers für das übertragene Vermögen	179
a) Befriedigung der Gläubiger durch Zahlung	180
aa) Quotale Befriedigung der Gläubiger	180
aaa) Verbleib der Verbindlichkeiten beim Ausgangsrechtsträger	181
bbb) Übertragung der Verbindlichkeiten auf den Zielrechtsträger	182
bb) Überwachung der Planerfüllung (§ 260 ff. InsO)	183
aaa) Überwachung des Ausgangsrechtsträgers	183
bbb) Überwachung des Zielrechtsträgers (Übernahmegesellschaft)	184
b) Vorgelagerter Debt-Equity-Swap und Anteilsgewährung an die Insolvenzgläubiger als Neugesellschafter	185
c) Anteilsgewährung an die Gläubiger ohne vorgelagerten Debt-Equity-Swap	187
aa) Das Rechtsverhältnis zwischen Gesellschaftern und Gläubigern eines insolventen Rechtsträgers	187
aaa) Vorüberlegungen: Unüberwindbare Grundkonflikte zwischen Anteilsinhabern und Gläubigern vor dem ESUG	187
bbb) Der Gesellschafter als Treuhänder der Gesellschaftsanteile	189
bb) Unmittelbare Anteilsgewährung an die Insolvenzgläubiger	190
2. Befriedigung nur der regulären Insolvenzgläubiger in voller Höhe durch wirtschaftlich äquivalente	

Gegenleistung des Zielrechtsträgers für das übertragene Vermögen (sog. Luxusinsolvenz)	192
3. Befriedigung aller Insolvenzgläubiger in voller Höhe durch wirtschaftlich äquivalente Gegenleistung des Zielrechtsträgers für das übertragene Vermögen (sog. Super-Luxusinsolvenz)	193
III. Zusammenfassung	194
 Fünfter Teil: Haftungs- und Insolvenzanfechtungsrisiken	 197
§ 12 Haftungsrisiken im Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögensgesamtheiten	197
I. Haftung für besondere Altverbindlichkeiten	198
1. Haftung des Erwerbers für betriebliche Steuern (§ 75 AO)	198
2. Haftung des Rechtsnachfolgers für Forderungen aus dem Steuerschuldverhältnis (§ 45 Abs. 1 Satz 1 AO)	199
3. Betriebsübergang und Haftung für Lohnrückstände (§ 613a BGB)	200
II. Haftung für sämtliche Altverbindlichkeiten	203
1. Haftung des Erwerbers bei Firmenfortführung (§ 25 HGB)	203
a) Unternehmenserwerb durch Verschmelzung und Spaltung	204
b) Teleologische Reduktion des § 25 HGB in der Insolvenz	206
2. Haftung des Zielrechtsträgers bei der Spaltung (§ 133 UmwG)	206
a) Meinungsstand in der Literatur	207
b) Stellungnahme	208
aa) Keine Haftungsausnahme im Wege der Auslegung des § 133 UmwG	209
bb) Teleologische Reduktion des § 133 UmwG	210
cc) Verzicht der Gläubiger im Insolvenzplan	212
dd) Entschuldung des Ausgangsrechtsträgers	213
III. Zusammenfassung	214
 § 13 Die Anfechtbarkeit von Umwandlungsmaßnahmen in der Folgeinsolvenz	 215
I. Analyse der Rechtsprechung	215
II. Meinungsstand in der Literatur	216
III. Stellungnahme	217

Sechster Teil: Die Umwandlung von börsennotierten Gesellschaften	221
§ 14 Kapitalmarktrechtliche Besonderheiten	221
I. Börsenzulassung und Rückzug von der Börse (Delisting)	222
1. Fortbestand der Börsenzulassung im Insolvenzverfahren	222
2. Reguläres Delisting gemäß § 39 Abs. 2 Satz 1 BörsG	223
3. Sogenanntes unechtes oder kaltes Delisting	224
4. Erforderlichkeit eines Abfindungsangebots an die Aktionäre	226
a) Barabfindung beim Delisting außerhalb der Insolvenz	226
b) Barabfindung beim Delisting in der Insolvenz	227
II. Zulassungsfolgepflichten	228
1. Pflichten zur Transparenz und Publizität im Kapitalmarkt	228
2. Fortbestand der Zulassungsfolgepflichten im Insolvenzverfahren	229
3. Zuständigkeit für die Erfüllung der Zulassungsfolgepflichten	230
III. Übernahmerechtliches Pflichtangebot und Befreiungsmöglichkeit im Sanierungsfall	230
1. Kontrolle und Kontrollwechsel im Wege der Umwandlung	231
2. Beispielsfall: Die börsennotierte Immobilien AG	233
3. Befreiung vom Pflichtangebot im Sanierungsfall	235
IV. Zusammenfassung	237
Siebter Teil: Schluss	239
§ 15 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	239
Literatur	245